

Linke sperrt sich gegen eine Steuersenkung

Erneut hat die Jahresrechnung der Stadt Schaffhausen viel besser als budgetiert abgeschlossen. Auf bürgerlicher Seite werden Rufe nach einer Steuersenkung um 5 Prozentpunkte laut. Für die Ratslinke sind die Voraussetzungen dafür hingegen noch lange nicht erfüllt.

Andreas Kurz

SCHAFFHAUSEN. Die Reservetöpfe der Stadt Schaffhausen wachsen und wachsen. Mit dem Überschuss von 27 Millionen Franken in der Jahresrechnung 2021 will der Stadtrat gleich zwei neue Töpfe schaffen: 15 Millionen als Teilvorfinanzierung des Hallenbadneubaus und 5 Millionen für einen Klimafonds. Und dies, obwohl per Ende des letzten Jahres bereits 88 Millionen Franken in diversen Reservetöpfen lagen (die SN berichteten).

Bei der FDP werden deshalb schon jetzt Forderungen nach einer Steuersenkung laut – obwohl dieses Thema normalerweise erst bei der Budgetdebatte im Herbst aufs Tapet kommt. «Es kann nicht sein, dass die Steuerzahlenden seit Jahren mehr Steuern bezahlen, als für den Betrieb der öffentlichen Hand nötig wären», sagt Grossstadtrat Stephan Schlatter. «Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Steuern auf Vorrat einzuziehen.» Das Geld gehöre nicht der Stadt, sondern den Firmen und den Einwohnerinnen und Einwohnern. Es sei höchste Zeit, das Geld dem Volk zurückzugeben. «Dieses wird es marktgerecht in die Wirtschaft investieren.»

Die FDP befürwortet aus diesem Grund eine Steuersenkung. «Nach vielen Jahren des Überschusses muss jetzt dem Steuerzahler etwas zurückgegeben werden. Alles andere ist unfair», sagt Schlatter. Seiner Meinung nach müssten es ungefähr fünf Prozentpunkte sein – um ein spürbares Zeichen zu setzen. Dies sehe er als einen gangbaren Weg. «Wir wollen die Steuern auch nicht gleich wieder erhöhen müssen.»

«Es gibt keinen besseren Zeitpunkt»

Unterstützung erhält die FDP von der SVP. «Aus unserer Sicht gibt es keinen besseren Zeitpunkt für Steuersenkungen als im kommenden Herbst», sagt Grossstadtrat Hermann Schlatter. «Das Geld ist vorhanden, zahlreiche zukunftssträchtige Investitionen können problemlos getätigt werden, deshalb muss jetzt gehandelt werden.» Der Präsident der SVP/EDU-Fraktion weist darauf hin, dass das Eigenkapital der Stadt mittlerweile auf rund 400 Millionen Franken angewachsen sei. «Der links-grüne Stadtrat muss nun zwingend seine Verweigerungshaltung in Bezug auf Steuersenkungen aufgeben und den Steuerfuss attraktiver», fordert Schlatter.

Wie die FDP fände auch er eine Steuersenkung von 5 Prozentpunkten auf 88 Prozent angemessen, sagt Schlatter. Dies sei mit dem heutigen Eigenkapital verkräftbar, zumal davon ausgegangen werden müsse, dass sich der Stadtrat beim Budget 2023



Nach einer Reihe von guten Jahresergebnissen sind die städtischen Reservetöpfe bis oben gefüllt.

BILD ROBERTA FELE

seinem Personal gegenüber einmal mehr sehr grosszügig zeigen werde. «Es geht aber nicht an, ständig nur das Personal zu berücksichtigen, es gilt nun endlich auch etwas für die Steuerzahlenden zu tun.»

«Zu viele Investitionen offen»

Ganz anders klingt es bei der Linken. «Die Grünen Schaffhausen sehen keinen Anlass für eine Steuersenkung», sagt Grossstadträtin Daniela Furter. «Wir wollen kein zweites Zug werden, wo der Mittelstand keine bezahlbaren Wohnungen mehr findet und in die Agglomeration ausweichen muss.» Die Stadt habe ihre Hausaufgaben

«Wir wollen kein zweites Zug werden.»

Daniela Furter (Grüne)
Grossstadträtin

noch nicht gemacht, findet Furter. «Es sind zu viele Investitionen offen, die es für eine attraktive Stadt mit guter Lebensqualität braucht.» So gebe es immer noch keine schulgänglichen Tagesstrukturen und Schulleitungen fehlten. Zudem müssten faire und konkurrenzfähige Löhne für das Pflegepersonal und für die Lehrberufe sichergestellt werden.

«Bei vielen angedachten Projekten heisst es seit Jahren, dass für eine Umsetzung die Ressourcen fehlen», sagt Furter. Etwa bei Investitionen im Energiebereich und für die Umsetzung der Klimastrategie. Auch die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs

gelte es möglichst bald anzupacken. Furter würde einer Steuersenkung erst zustimmen, wenn alle anstehenden Projekte umgesetzt und faire Löhne für das städtische Personal realisiert seien.

«Besser ins Klima investieren»

Die städtische SP möchte ebenfalls am aktuellen Steuerfuss festhalten. Der erzielte Überschuss müsse unter Berücksichtigung des Investitionsrückstands und der Nachhaltigkeit der Steuererträge betrachtet werden, schreibt die Co-Parteilitung, bestehend aus Thomas Weber und Livia Munz. Zudem gelte es zu berücksichtigen, dass der Löwenanteil der Steuererträge von juristischen Personen aufgrund der OECD-Steuerharmonisierung nicht nachhaltig garantiert sei, weshalb die SP eine Steuersenkung definitiv ausschliesse.

Den Überschuss soll die Stadt nun nutzen, um ihren erheblichen Handlungsbedarf bezüglich dringend notwendiger Investitionen aufzuholen. Als Beispiele nennen sie die Energiewende, das Stadthausgeviert, die KSS oder das Kammgarnareal. Das Geld soll zudem für Tagesschulstrukturen und Schulleitungen, Rekrutierung von Fachpersonal und konkurrenzfähige Löhne verwendet werden. «Anstelle einer Steuersenkung, von der nur Personen mit hohem Einkommen profitieren, investieren wir besser in die Infrastruktur, unser Personal und das Klima.»

«Viel zu defensive Budgetierung»

Das Zünglein an der Waage könnten die Grünliberalen spielen. Für Grossstadtrat Daniel Spitz zeigt der hohe Ertragsüberschuss in erster Linie, dass die Einnahmen viel zu tief budgetiert wurden. «Vor allem bei der Höhe der Unternehmenssteuern, die massgeblich vom Kanton budgetiert werden, werden die Verantwortungsträger seit Jahren positiv von wiederkehrenden Einmaleffekten überrascht», sagt Spitz. «Diese viel zu defensive Budgetierung der Einnahmen hat in Schaffhausen leider System.» Mit realistischeren Budgets hätte der Stadtrat mehr Handlungsspielraum.

Er wünsche sich keine Steuersenkungen, sondern Investitionen in die Attraktivierung der Stadt, sagt Spitz. Flächendeckende Tagesstrukturen, ein attraktiverer Zugang zum Rheinufer, gezielte Standortförderung und Innenstadtentwicklung, Massnahmen zur Verkehrslenkung oder die Umsetzung der Schulraumplanung seien nur einige Beispiele. «Was sind die Bedürfnisse der Bevölkerung?» Das sei die Frage, welche die Politik beantworten müsse. «Die Höhe des Steuerfusses ist danach nur noch eine logische Konsequenz darauf.»

Stellungnahme des Regierungsrats Zur Abstimmung vom 15. Mai

Ja zur Schaffung eines Energie- und Klimafonds

Der Regierungsrat empfiehlt den Stimmberechtigten, der Schaffung eines Energie- und Klimafonds (Revision Baugesetz) zuzustimmen. Der Fonds ist ein Finanzierungsinstrument und unterstützt die Umsetzung der Klimastrategie. Die vom Kantonsrat bereits beschlossene finanzpolitische Reserve von 15 Millionen Franken gilt als Ersteinlage. Der Fonds schafft insbesondere Planungssicherheit und Transparenz und stellt die Umsetzung der Klimastrategie auf eine solide finanzielle Basis.

Fonds sichert Umsetzung

Ereignisse wie die Trockenheit im Sommer 2018 oder die Überschwemmungen im Sommer 2021 zeigen: Die Auswirkungen des Klimawandels sind im Kanton Schaffhausen sichtbar. Wie der Regierungsrat darauf reagieren will, hat er im Jahr 2020 in der Klimastrategie festgehalten. Sie umfasst Massnahmen zu Energie/Klimaschutz, also zur Reduktion der klimaschädlichen Gase bei gleich-

zeitiger Erhöhung der Versorgungssicherheit. Sie umfasst aber auch Massnahmen zur Anpassung an bereits spürbare Veränderungen wie Hitze- und Trockenperioden oder Hochwasserereignisse. Die Umsetzung der Strategie erfolgt über die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die aktuelle Lage Europas bestärkt den Regierungsrat in seinem Kurs, sich im Rahmen des Ausbaus der erneuerbaren Stromproduktion und der Reduktion der fossilen Energieträger unabhängiger vom Ausland zu machen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Der Energie- und Klimafonds bildet das adäquate Finanzierungsinstrument dazu.

Viele Vorteile der Fondslösung

Die vom Regierungsrat verabschiedete Klimastrategie entstammt einem politischen und gesellschaftlichen Auftrag. Zur Umsetzung wird es finanzielle Mittel brauchen – mit oder ohne Fonds. Die Fondslösung schafft die notwendige

Sicherheit für Investitionen von privaten Bauherrschaften, Unternehmen und Gemeinden, da die Fondsmittel eine untere Schwelle nicht unterschreiten sollen. Die verfassungsmässigen Finanzkompetenzen werden weiterhin eingehalten. Wie für jeden Fonds bedarf es auch für den Energie- und Klimafonds einer gesetzlichen Grundlage. Diese soll ins Baugesetz, also dort wo sich die Energievorschriften befinden, integriert werden. Der Kantonsrat entscheidet über die Höhe der jährlichen Einlage – auch in Abhängigkeit der finanziellen Situation des Kantons, was Flexibilität zwischen finanziell guten und weniger guten Jahren schafft. Damit ist eine Kontinuität sichergestellt, die im Umgang mit dem fortschreitenden Klimawandel von grosser Bedeutung ist. Die Fondslösung sichert auch nachhaltige Bundesbeiträge, die in den Kanton fliessen. Zudem hat der Fonds gegenüber den herkömmlichen Budgetanträgen den Vorteil, dass sämt-

liche Aufwendungen an einem Ort sichtbar und damit transparent ausgewiesen sind.

Logische Konsequenz

Der Kantonsrat hat die Vorlage eingehend und teilweise kontrovers beraten, letztlich der Schaffung eines Energie- und Klimafonds mit 39:15 Stimmen aber deutlich zugestimmt. Die Schaffung des Energie- und Klimafonds (Revision Baugesetz) ist eine logische Konsequenz, nachdem der Kantonsrat die Klimastrategie 2021 zur Kenntnis und bereits ein Jahr zuvor 15 Millionen Franken als Ersteinlage in den Fonds beschlossen hatte.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Regierungsrat, am 15. Mai 2022 ein Ja zur Schaffung eines Energie- und Klimafonds (Revision Baugesetz) in die Urne zu legen.

Regierungsrat Martin Kessler
Vorstehender Baudepartement

Auszeichnung für interdisziplinäres Brustzentrum

SCHAFFHAUSEN. Das Brustzentrum Schaffhausen-Wetzikon ist mit dem Qualitätslabel der Krebsliga Schweiz und der Schweizerischen Gesellschaft für Senologie ausgezeichnet worden. Die Zertifizierung bedeutet, dass das Zentrum den klar definierten Anforderungen an die Qualität der Behandlung und Betreuung gerecht werde, heisst es in einer Mitteilung. Unter der Leitung von Dr. med. Katrin Breitling, Leitende Ärztin Frauenklinik an den Spitälern Schaffhausen, sowie Denise Beck, Leitende Ärztin Frauenklinik GZO Spital Wetzikon, bietet ein Team von Ärztinnen und Ärzten sowie weiteren Fachpersonen aus der Psychologie und der Pflege das gesamte Spektrum der Abklärung, Therapie und Nachsorge von gut- und bösartigen Brusterkran- kungen an. Diese interdisziplinäre Zusammenarbeit wird im Zertifizierungsaudit als Stärke bewertet. Es waren rund 80 Qualitätskriterien zu erfüllen. (r.)